

Dresdner Volkszeitung

Vollständiges: Dresden
Ruben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugpreis einschließlich Frachtpreis mit den wöchentlichen Beilagen
„Die Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonparelzeile
30 Pf., die 90 mm breite Kellamezeile 1,50 M., für außerordentliche
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Beilagenlieferung 10 Pf.

Nr. 109

Dresden, Mittwoch den 12. Mai 1926

37. Jahrg.

Hinweg mit Luther!

Die Sozialdemokratie läuft Sturm gegen die Auskultung des Parlaments — Keine Befestigung oder Verfallung der Reichsflagge Schwarzrotgold

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Die noch kurze Geschichte des deutschen Parlamentarismus kennt manche sonderbaren Situationen. Das aber ist noch nicht das Wichtigste, das von vier Regierungsparteien nicht weniger als drei gegen den Reichskanzler auftrat — und dieser dennoch vielleicht im Amt bleibt.

Das Zentrum ließ dem Reichskanzler durch den Abgeordneten Giesberts sagen, daß ihm das politische Angewissengefühl fehle, aber dennoch eine Regierungsbildung hält das Zentrum nicht für angebracht. Es muß der ungeliebte politische Blick dieses Kanzlers noch mehr Unbehagen erwecken. Die ganze Weisheit der Zentrumsnation ist in dieser Stunde — die baldige Einziehung eines Ausschusses, der über die Flaggentrage urteilen soll.

Auch die Bayerische Volkspartei bedauerte den Kanzlers Maßnahme, und sogar die Wirtschaftspartei ließ ihm eine schlechte politische Beurteilung erteilen. Die Demokraten hüllten sich am Dienstag noch in Schweigen, obwohl rechts und von den Kommunisten fürwahr nach Herrn Koch gerufen wurde, als wäre dieser moderne, parlamentarische Sprecher ein gefeierter Autor. Ihre „endgültige“ Fraktionsentscheidung — wie oft schon — war erst für die späten Abendstunden angekündigt. Die Deutschnationalen endlich waren vorzüglich geneigt, sich alle Wege zur Lösung einer etwaigen Krise offen zu halten. Wenn Dr. Luther fortfährt, nicht die Freie der Wägen, sondern die Flagge der Republik abzubauen, wird er bald wieder der edle Freund aller Leute um Westarp und Schiele sein.

Die Sozialdemokratie ging unbeirrt von der schonenenden Haltung der Mittelparteien mit tüchtigem Elan zum Angriff vor. Breitscheid schickte gegen den Kanzler nicht nur viele mit allen Widerworten der Sozialdemokratie ausgerüstete Pfeile ab, so als er den parteilos harrierenden Kanzler unter dem Jubel des Hauses als den verontsichtigten Generalanzeiger ansprach; unser Redner stellte die Entwicklung und Ziel der Vorgänge dieser Wochen auf: das Parlament soll mehr und mehr in den Wintergrund gedrängt werden. Das Siffen der Schwarzweißrot Föhne mit der winzigen „Glocke“ ist nur das Symbol des Vordringens der monarchistischen Scharen gegen die Republik.

Der Kanzler antwortete sofort. Seiner Rede fehlte vor allem eines: der Mut! Dr. Luther, der so gerne den starken Mann markiert, machte den Versuch, sich hinter den ersten Reichspräsidenten und die ehemaligen republikanischen Minister Doser und Tollmann zu verdecken, aber daß keiner dieser Minister eine Verordnung zugunsten der Farben Schwarzweißrot erlassen hat oder auch nur zu verantworten brauchte, hat der spätere Verlauf der Sitzung klar bewiesen. Dann kam endlich die Antwort auf die Frage: „Warum hat dieser Mann Millionen deutscher Staatsbürger bis zur Erbitterung gereizt?“ Die Gründe sind wahrhaftig großartig für den höchsten Beamten des Deutschen Reiches. Erstens: manche Konsula und Gesandten haben längst auf die Befestigung geachtet und geflaggt, wie es ihnen beliebt. Zweitens: die deutschnationalen Honoratioren: zahlreiche im Ausland haben längst so gewollt, wie jetzt der Reichspräsident und Reichskanzler gehandelt haben.

Dieser mangelnde Mut, diese Erzählungen, die auch dem gesunden Menschen Verstandesvermögen verunsichern müssen, wurden ergänzt durch doppelzüngige Unehrlichkeit. In einem Tabe kommet der Kanzler hinaus: „Die Verordnung ist in Kraft und bleibt in Kraft!“ Dieser Ausruf ist für seine deutschnationalen Außenfreunde bestimmt. Gleich darüber kommt die Verurteilung für die rebellierenden Mittelparteien: „Woh! ja, die Geschichte ist ja gar nicht so schlimm. Denkt mal, Kinder, wie weit es von Berlin bis nach Rio de Janeiro und nach Kapstadt ist. Telegraphieren ist bei den schlechten Reichsfinanzen zu teuer. Von Radio frag ich nichts wissen. Wir müssen an alle Konsulate und Gesandtschaften zwischen Nordpol und Südpol Briefe schicken. Das dauert so zwei bis drei Monate. Erst dann ist die Verordnung wirklich durchgeführt. Bis dahin seid mal hübsch artig und einigt euch brav auf eine deutsche Einheitsflagge, wie es euer Herr Reichspräsident väterlich gewünscht hat.“

Die Sozialdemokraten beantworteten diese Kanzlerrede mit der einzig möglichen Forderung: „Nö-tretel! Abtreten!“ Luther sah, wie der Sturm von links her sich gegen ihn erhob. Er mußte noch an demselben Nachmittag Schutz in der deutschnationalen Mauer. Zwischen Welser und Abendrot führte er Unterhandlungen oder ließ sie führen mit dem konservativen Parteichef von Westarp. Dieser war es, der sein Einverständnis zu der Erklärung gab, die Luther kurz vor Tagesende noch vortraug. Ihr Inhalt ist, daß die Flaggentrage durchgeföhrt werden wird, jedoch erst bis Ende Juli. Inzwischen soll geschäftet und gehandelt werden um eine deutsche Einheitsflagge, die über Graese und Ruth Köhler, über alle Umstände stehen soll. Selbstverständlich lehnt die Sozialdemokratie eine solche unwürdige Ausflucht ab. Es bleibt bei unserem Mißtrauensvotum!

Geradezu vorbildlich erhoben an dem heutigen denkwürdigen Tage die Kommunisten das Schwarzrotgoldene Banner der Republik. Um des Eifers willen, mit dem sie gegen Luther wegen seines Angriffs auf Schwarzrotgold vordrücken, seien ihnen alle die Dummheiten verzeihen, die sie durch Reden und Taten aus ihren Antiquitätenkästen gegen uns vordrücken. Es ist eben doch so, daß die Kommunisten sehr wohl den Wert der Republik zu schätzen wissen, wenn sie wirklich bedroht ist.

Am Mittwoch wird die Abstimmung über das Mißtrauensvotum unserer Fraktion erfolgen. Eine Mehrheit wird es kaum erlangen, nachdem sich das Zentrum ihm verweigert und der Beschluß der Demokraten ein Sondervorgehen vorseht, dessen Ausgang negativ bleiben wird. Beruht auch dieser Sekundant unserer Politik im letzten Augenblick, und das ist anzunehmen, so hat Luther zwar sein Amt gerettet, aber seine politische Politik wird ihm dann nicht mehr möglich sein.

Sonderborgehen der Demokraten

Die Regierungskrise ist trotzdem da!

D. Berlin, 12. Mai. (Eigent. Anknüpfung.)

Die demokratische Reichstagsfraktion ist nach dreitägigen Verhandlungen in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch zu der wiederholt angekündigten „endgültigen“ Entscheidung gelangt. Sie hat sich nicht entscheiden können, ohne weiteres dem sozialdemokratischen Mißtrauensantrag zuzustimmen, sondern abgesehen, einen anderen Antrag einbringen zu müssen, der aus zwei Teilen besteht und folgenden Wortlaut hat:

„Der Reichstag beauftragt die vom Reichspräsidenten in seinem Schreiben an den Reichskanzler gegebene Anweisung, alle Kräfte zur Lösung der Frage einer Einheitsflagge in versöhnlichem Sinne einzusetzen.“

Der Reichstag mißbilligt die Haltung des Reichskanzlers, der durch sein Verhalten in der Flaggentrage eine Gesamtlösung in dieser Frage erschwert hat und in sorgfältiger Zeit einen neuen Monist ohne Not heraufbeschworen hat.

Insgeheim liegen dem Reichstag jetzt also vier Anträge vor, die der Regierung mehr oder weniger das Vertrauen aussprechen, ohne daß aber einer die erforderliche einfache Mehrheit erhalten wird. Die Krise des Kabinetts Luther ist trotzdem da. Die demokratische Reichstagsfraktion Seuß und Reinhold haben in der demokratischen Fraktionsbesitzung erklärt, daß sie heute noch der entscheidenden Abstimmung ihre Demission einreichen und aus dem Kabinett ausscheiden werden. Diese Haltung wird von der Mehrheit der demokratischen Fraktion gebilligt. Nur ein kleiner Teil vertrat während der Fraktionsbesitzung die Auffassung, daß im Augenblick eine Kabinettskrise verhindert werden müsse. Von ihm aber wird der größte Teil ebenfalls für den demokratischen Antrag stimmen, während zwei bis drei Stimmenthaltungen zu erwarten sind. Vor der Abstimmung beabsichtigt der Vorsitzende der demokratischen Fraktion, Abgeordneter Koch, in seiner Rede auf Beschluß der Fraktionsmehrheit darauf hinzuweisen, daß zwischen Dr. Luther und den Demokraten das Einverständnis besteht, daß die demokratische Fraktion nach der gestrigen Kanzlerrede nicht mehr in der Lage ist, das Kabinett Luther zu unterstützen. Das ist eine Unterbrechung des demokratischen Mißtrauensvotums, dessen Wirkung in der Praxis gleichbedeutend ist mit der des sozialdemokratischen Antrages.

Die Regierungskrise ist jedenfalls da. Ob latent oder akut, hängt jetzt im Wesentlichen von der Zentrumsnation des Reichstages ab. Der Reichskanzler verhält sich nicht notwendig darauf ein, jetzt ohne Demokraten fortzumurfeln. Wir sind überzeugt, daß er, wenn das Zentrum auch noch aus dem Kabinett austräte, sein Geiß mit der „allerkleinsten Koalition“ (Volkspartei und Bayerische Volkspartei) aufrecht erhalten würde.

Der Rechtsputsch war aufgezo-gen!

Zernierung Berlins — Alle Gewalt einem „Reichsverweser“ — Einheitsbürgermeister Reichskanzler — Arbeiterorganisationen auflösen — Bei Widerstand und Streik Todesstrafe

D. Berlin, 12. Mai. (Eig. Anknüpfung.)

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit:

„In letzter Zeit haben sich die Anhaltspunkte für ein Unternehmen rechtsradikaler Elemente in so bedrohlicher Weise vermehrt und zur Gewissheit verdichtet, daß sich die Polizei zu Schritten gezwungen sah, die über das Maß sorgfältigster Beobachtung hinausgehen. Die Berliner Polizei hat deshalb am Nachmittage und am Abend des 11. Mai eine ganze Reihe von Durchsuchungen bei den in Frage kommenden führenden Persönlichkeiten und Verbänden der rechtsradikalen Bewegung vorgenommen. — Das bei den Durchsuchungen gefundene Material, das noch nicht abschließend gesichtet werden konnte, hat bereits Klar erwie-sen, daß sich die Verbände mit politischen Kampfaufgaben befaßten, die in ihren Satzungen nicht vorgesehen sind. Bei einer führenden Persönlichkeit ist beispielsweise eine Anweisung an die Zentrale ihrer Organisation gefunden worden, worin die Einzelheiten eines konzertierten Angriffs gegen Berlin geregelt sind. Es war mit Bestimmtheit zu erwarten, daß heute vormittag u. a. eine völlig vorbereitete Proklamation der Putschisten mit 30 Paragraphen in ihrem Wortlaut der Öffentlichkeit übergeben wird. Durch diese Proklamation sollten nicht nur die Verfassungen des Reiches und der Länder, sondern gleichzeitig alle sich aus diesen Verfassungen ergebenden Rechte und Konstitutionen aufgehoben werden. Reichstag und Landtag sollten verschwinden, und der Versuch, sie außerhalb Berlins wieder ins Leben zu rufen, ist nach dieser Verordnung mit dem Tode bedroht. Außerdem sieht die Verordnung das Verbot sämtlicher linksgerichteten Zeitungen, die vorläufige Zensur aller Rechtsblätter, die Sperrung des Telefons, der Telegraphie und die Besetzung der Großfunkstationen zum Zwecke der Unterbindung des Pressedruckes vor. Gleichzeitig wird über eine ganze Reihe Personen, die im öffentlichen Leben stehen, das Todesurteil verhängt. Es befinden sich unter ihnen in erster Linie Sozialdemokraten in führender Stellung.“

Der Wahnwitz und seine Repräsentanten

D. Berlin, 12. Mai. (Eigent. Anknüpfung.) Die für die Durchführung des jüngsten Putschplans vorgesehenen Männer sind: der Bürgermeister von Köpenick Dr. Reumann als Reichskanzler, der Geheim-

rat Eugen Berg als Reichsfinanzminister, der Industrielle Dr. Wegener aus Bad Reuth in Bayern als Reichsinnenminister, General v. Mühl als Reichswehrminister und der Vorsitzende der rheinischen Landwirtschaftskammer und Führer der rheinischen Bauernvereine Dr. Freireich v. Lüning in Bonn als Ernährungsminister.

Nach dem Plane der Putschisten sollten die Staatsgewalt sowie die oberste Befehlsgewalt an den „Reichsverweser“ übergeben, der seinerseits den an die Spitze der Landesregierungen getretenen von ihm ernannten „Landesverwesern“ die volle Staatsgewalt überträgt. Alle Beamten, die ihre Berufung, Anstellung oder Beförderung ausschließlich ihrer „Parteiangehörigkeit“ verdanken, sowie unzuverlässige und unfähige Beamte sind nach Ermessen ohne Pensionsanspruch zu entlassen. Jeder Widerstand gegen die Auflösung der verfassungsmäßigen Körperschaften und gegen die Enthebung von Beamten soll mit dem Tode bestraft werden. Alle Parteien und politischen Vereine sind unter Vermögensbeschlagnahme aufzulösen. Arbeitseinstellungen und Ausperrungen werden mit dem Tode bedroht. Arbeiter- und Arbeitnehmerverbände werden ebenfalls aufgelöst.

Nur Befestigung der republikanischen Führer war die Reichsacht vorgesehen, die dadurch ergänzt werden sollte, daß Hilfeleistungen mit dem Tode bestraft werden. Außer bei allen Zwischhandlungen gegen die Vorschriften des Manifests der Putschisten wurde auch für Diebstahl und sonstige Vergehen die Todesstrafe angedroht. Die Urteile der Standesgerichte können nur auf Freisprechung oder Tod lauten, wobei die Todesstrafe durch Erschießen oder Erhängen durchzuführen ist.

Außer namhaften Persönlichkeiten der Deutschnationalen Partei, der Großindustriellen und des Großgrundbesitzes sollen die Putschisten auch mit der Unterstützung durch bestimmte Kreise des Auslandes rechnen.

Auf Grund des vorgefundenen Materials wird die preussische Regierung noch heute durch eine Verordnung die rechtsradikalen Verbände Wiking, Werwolf und Olympia verboten und aufheben. Der Führer der Olympia Oberst a. D. von Luck ist nach seinem Verhör auf dem Berliner Polizeipräsidium verhaftet worden. Der bei ihm beschlagnahmte Aufmarschplan gegen Berlin enthält genaue Bestimmungen über die Verteilung und Aufstellung der Wehrverbände an den Grenzen von Berlin.

Der bekannte rheinische Großindustrielle Kirchorst ist ebenfalls verdächtig, bei ihm fand schon eine Hausdurchsuchung statt.

127111111